



Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODE33SPK

Steuernummer: 207/107/603315

Vereinsregister Amtsgericht Köln VR 9394

Präsident

Nazih Musharbash

musharbash@dpg-netz.de

Vizepräsidenten

Jules El Khatib

Ursula Mindermann

Ivesa Lübben

Dr. Ribhi Yousef

P R E S S E M I T T E I L U N G

21.08.2026

DPG fordert Sanktionen gegen Israels Regierung Ben Gvir Ausdruck der menschenverachtenden Politik

Die Debatte um den rechtsradikalen israelischen Sicherheitsminister Itamar Ben Gvir ist richtig und dennoch ist sie deutlich verkürzt, so die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG).

Die DPG fordert die Bundesregierung auf, nicht länger Sanktionen gegen die israelische Regierung zu verhindern. Aktuell wird in Deutschland lediglich über Sanktionen gegen Israels Minister Ben-Gvir, der in Gaza jede Nacht 30 bis 40 Menschen gezielt zu töten fordert und der damit Palästinensern in Gaza offen den Status als Menschen abspricht.

Die DPG stellt klar: Diese Aussage ist keine hypothetische Zukunftsdrohung. Sie beschreibt, was zwischen dem Herbst 2023 und dem Waffenstillstand im Oktober 2025 zwei Jahre lang Kriegsalltag in Gaza war: Zehntausende getötete Palästinenser, darunter tausende Kinder, gezielte Tötungen durch Schüsse in den Kopf, selbst bei kleinen Kindern. Ben-Gvir spricht offen aus, wofür er als Mitglied der Regierung mitverantwortlich war und wozu er zurückkehren will, seit die Zahl der Tötungen nach dem Waffenstillstand gesunken ist.

Dass Deutschland Sanktionen gegen einzelne Minister bislang blockiert hat, während andere Staaten wie Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland und Norwegen längst gehandelt haben, ist aus Sicht der DPG nicht länger hinnehmbar. Die DPG fordert von der Bundesregierung, sich bei dem informellen Außenminister-Treffen der EU am 1. und 2. September für Sanktionen gegen die gesamte israelische Regierung einzusetzen. Dazu gehören der Stopp aller Waffenlieferungen an Israel und die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel und ein Importverbot von Produkten aus den Siedlungen.

Dazu erklärt **Nazih Musharbash**, Präsident der DPG: „Wer Menschen ihre Menschlichkeit abspricht und fordert zur systematischen Tötung zurückzukehren, gehört nicht in ein Kabinett, sondern vor Gericht. Dass ein amtierender Minister so etwas sagen kann, ohne von der eigenen Regierung umgehend entlassen zu werden, zeigt, dass es hier nicht um einen Einzelnen geht. Die gesamte israelische Regierung trägt Ben Gvirs Politik der Entmenslichung mit, ob in Gaza oder dem Westjordanland. Wer jetzt noch zwischen guten und schlechten Ministern unterscheidet, verharmlost die israelischen Verbrechen. Genauso wichtig ist es offen zu benennen, dass Deutschland das System Netanjahu und Ben Gvir erst ermöglicht hat, indem es seit fast drei Jahren jede Form von EU-Sanktion gegen Israel verhindert und den Tod von vieler Menschen durch Waffenlieferungen unterstützt.“

Jules El-Khatib, stellvertretender DPG-Präsident, ergänzt: „Ben-Gvir hat nichts Neues gesagt. Er hat seine Menschenverachtung nur zum wiederholten Male offen gezeigt, wenn er die Rückkehr zu den Verbrechen, die zwischen Oktober 2023 und Oktober 2025 nahezu täglich in Gaza geschahen, fordert. Genau deshalb reicht es nicht, einzelne Minister zu sanktionieren und den Rest der Regierung ungeschoren davonkommen zu lassen. Diese Regierung trägt als Ganzes die Verantwortung für einen Genozid. Wer jetzt immer noch zögert, macht sich zum Komplizen der nächsten israelischen Verbrechen.“

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. setzt sich seit ihrer Gründung für die Rechte des palästinensischen Volkes, für Völkerrecht und für einen gerechten Frieden im Nahen Osten ein.